

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1122

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1122



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Demokratie braucht eine vielfältige Medienlandschaft und journalistische Qualität

Unabhängige, vielfältige und qualitativ hochstehende Medien sind für eine lebendige Demokratie unabdingbar. Das gilt ganz besonders auch im digitalen Zeitalter. Journalistische Medien ermöglichen Debatten über Politik, soziale Themen, Wirtschaft oder Kultur. Sie informieren, unterhalten, liefern Fakten und sorgen dafür, dass verschiedene Meinungen Gehör finden. Sie ermöglichen es allen Mitgliedern einer Gesellschaft, am Geschehen teilzuhaben und selber Einfluss zu nehmen. Es ist gesellschaftlich erwünscht, demokratiepolitisch notwendig und für den Zusammenhalt der Sprachregionen zentral, dass es einen starken medialen Service public gibt. Neben der SRG braucht es gerade auch auf regionaler und lokaler Ebene vielfältige Medienangebote.

Die Entwicklungen der letzten Wochen und Monate haben gezeigt, dass Journalismus, ein für unsere Demokratie zentrales öffentliches Gut, nicht dem Markt und dem Renditedenken der Grossverlage überlassen werden darf. Das Verschwinden von "L'Hebdo", Stellenkürzungen in der Redaktion von "Le Temps", der Verkauf von 25 Gratistiteln an Blocher, der Zusammenschluss von AZ Medien und den NZZ-Regionalmedien, die Zusammenlegung der Redaktionen von „Südostschweiz“ und „Bündner Tagblatt“, die Neuorganisation aller Redaktionen in „Kompetenzzentren“ durch Tamedia oder der massive Personalabbau bei der SDA machen eines deutlich: Das bisherige Geschäftsmodell für Journalismus trägt nicht mehr und ein neues ist nicht in Sicht.

Der Abbau journalistischer Leistungen gefährdet die mediale Grundversorgung, insbesondere in der französischen und italienischen Schweiz, aber auch in den ländlichen Regionen der Deutschschweiz. Journalistische Qualitätsmedien, die eine kritische und vielfältige Berichterstattung in allen Landessprachen sicherstellen, sind aber nicht einfach „nice to have“, sondern Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie. Deshalb ist es eine staatspolitische Aufgabe, die Zukunft unabhängiger journalistischer Medien zu sichern.

Forderungen der SP Schweiz

Wir wollen einen vielfältigen medialen Service public, der sich nicht rein an Quote und Rendite orientiert. Er soll allen Bevölkerungsschichten und Regionen zur Verfügung stehen und sich durch journalistische Qualität, Relevanz, Faktentreue, Verständlichkeit, Angebotsvielfalt und Ausgewogenheit auszeichnen. Es soll zunehmend auch ein junges Publikum erreicht werden und ein Beitrag zur Integration geleistet werden.

- Dazu braucht es eine direkte und gattungsübergreifende Journalismusfinanzierung mit dem Ziel, Vielfalt zu schaffen und Qualität zu sichern. Die Ausgestaltung muss staatsunabhängig institutionalisiert sein und könnte über eine Stiftung laufen. Der Bund soll gezielt auch Einrichtungen der Medieninfrastruktur (z.B. Aufbau und Betrieb einer Plattform) unterstützen.
- Es braucht Transparenz von Seiten der Medienunternehmen über die Besitzverhältnisse bzw. darüber, wer hinter Kaufabsichten steckt. Bürgerinnen und Bürger haben das Recht zu wissen, wer Medienunternehmen besitzt oder übernehmen will.
- Mit dem Mediengesetz sind die Grundlagen zu schaffen, die eine langfristige Mitfinanzierung einer nationalen Depeschenagentur durch den Bund ermöglichen. Es soll geprüft werden, wie sich der Bund an einer nicht gewinnorientierten, unabhängigen Nachrichtenagentur beteiligen könnte.
- Es braucht einen für die gesamte Medienbranche allgemeinverbindlichen GAV, der faire Löhne und Arbeitsbedingungen garantiert und der die Mitbestimmung auf Betriebsebene und in Umstrukturierungsprozessen beinhaltet.